

Correspondent.

Bezugspreis vierteljähr. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
bei Abholung von unsern Ausgabestellen; bei Zustellung ins Haus durch unsere Ausreiter in
der Stadt und auf dem Lande außerdem monatlich; durch die Post 1.20 Mk. außer 42 Pf.
Beitrag. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Wochentagen nachmittags.
— Sonderdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit beifolgender Quittungsmenge gestattet.
— Für Rückgabe unangelegener Einlieferungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
seitl. illust. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeile oder deren Raum für Merseburg und näherer
Umgebung 10 Pf., fremde Anzeigen 25 Pf., auswärtige pro Zeile
20 Pf., im Restamt 40 Pf., bei komplizierter Satz entfallender Anschlag.
Besondere Berechnung, nach Anschlag, für Anzeigen und Ertrennungsmittel,
besondere Berechnung, nach Anschlag, mit Vorkaufspreisen. — Erfüllungsort Merseburg.
— Annahmestelle für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere
Anzeigen bis höchstens 3 Uhr, Sonntagmorgen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 41.

Freitag den 18. Februar 1910.

36. Jahrg.

„Tradition“.

Das Schlagwort des Stillstandes.

In den letzten Reichstagsdebatten über den Militär-Etat spielte die „Tradition“, eines der beliebtesten Schlagworte, wieder eine außerordentlich große Rolle. Auch bei dem Begriff „Tradition“ stehen sich, wie bei so vielen Dingen in menschlichen Leben, zwei Richtungen einander gegenüber. Die eine hält die Tradition hoch und heilig, findet in ihr eine Grundlage des Heeres und seiner Erfolge und Siege, die andere verwirft sie vollkommen und betrachtet sie nur als ein Hemmnis einer gesunden, vernunftgemäßen Entwicklung, als eine Mauer überlebter alter Formen und Anschauungen, die sich dem Einbringen moderner Ansichten entgegenstellt und deshalb je eher, je besser überwunden werden müßte. Es geht mit dem Worte Tradition, wie mit so vielen Schlagworten, die man ihrer Stärke wegen gern gebraucht, daß sie leicht missverständlich sind, daß jeder etwas anderes darunter versteht und daß sie bei weitem nicht das ausgedehnte Gebiet, auf das sie angewendet werden, vollkommen decken.

Kein Heer, kein Staat, keine Familie kann ohne eine gewisse Tradition bestehen. Im großen und kleinen Rahmen vereinen sich Anschauungen, Sitten und Gebräuche. Man kann sie nicht ohne weiteres aus der Welt schaffen und beseitigen. Jede Entwicklung muß an das Bestehende anknüpfen, und auf dem Gegebenen weiterbauen. Nur nach großen Katastrophen, wie wir es in Preußen 1806/07 und in Frankreich 1870/71 erlebt haben, ist es möglich, das ganze Heer und Staatswesen auf durchaus neuem Boden aufzubauen. Soweit also die Tradition darin besteht, daß bewährte alte Grundsätze und Anschauungen, Einrichtungen und Erfahrungen so lange beibehalten werden, als sie zweckmäßig und zeitgemäß sind, kann man sie als berechtigt bezeichnen. Aber auch nur so lange!

Etwas anderes ist es aber, wenn die vielzitierte Tradition dazu benutzt wird, um Mißbräuche zu decken und vernünftige Reformen zu verhindern. Und die Gefahr liegt nahe, daß ein und für sich richtiges Bestreben und gutes Wort dann in falscher Weise ausgenutzt wird. Offenfundige Fehler, falsche Ansichten, veraltete Anschauungen lassen sich nie mit einer Tradition begründen und entschuldigen. Geschieht es dennoch, so muß in schärfster Weise dagegen eingeschritten werden. Wir wollen nicht blindlings das Bestehende einreihen, aus Lust am Fortschritt Tür und Tor öffnen. Wenn einem derartigen Beginn allerding dann einfach, ohne jede weitere Begründung nur das geheiligte Wort der Tradition entgegengehalten und verlangt wird, daß sich dann alles andächtig verbeugt, so weicht dies gerade den lebhaftesten Widerspruch. Im Heere sind vielfach Mißbräuche und veraltete Einrichtungen vorhanden, die in früheren Zeiten vielleicht zweckmäßig und wichtig waren, die aber den moderneren Anschauungen nicht mehr entsprechen. Diese können auch durch keine Tradition mehr aufrecht erhalten werden. Dazu gehört, um nur einiges anzuführen, der Duell-Ansatz, die abligen Offizierkorps gewisser Regimenter, die noch immer vorhandene Paradeausbildung u. a. m.

Wohin die falsche und übermäßige Betonung der Tradition und die Mißperrung gegen alle zeitgemäßen und neuen Einrichtungen führt, haben die Ereignisse der Jahre 1806/07 gezeigt. Gewiß war die alte preussische Armee vortrefflich in ihrer Art, aber sie war ganz auf den Anschauungen der ritterzeitlichen Zeit stehen geblieben und hatte sich ablehnend gegen alle Neuerungen verhalten, die von dem revolutionären Frankreich kamen, wo teils aus Not, teils aus Überzeugung mit der Tradition gründlich gebrochen war. Die Quittung darüber wurde auf den Schlachtfeldern an der Saale ausgeleitet.

Wenn wir die Entwicklung unseres Heerwesens in den letzten Jahrzehnten übersehen, muß man einsehen, daß es sich im allgemeinen auf der Bahn eines gesunden Fortschrittes befindet. Nicht zum

wenigsten hat die liberale Presse und die Vertreter der liberalen Parteien im Reichstag zu diesem guten Ergebnis beigetragen. Aber diese dürfen in ihrem Bestreben und Arbeiten nicht nachlassen, damit die weitere Entwicklung sich ebenfalls in gesunden Bahnen bewege und die noch vorhandenen Mißstände beseitigt werden. Dazu ist es aber notwendig, daß der Wert und die Bedeutung der Tradition im Heere richtig gewürdigt wird und daß dem Verstand, mit diesem Worte die Befestigung vorhandener Mißstände zu verhindern, stets rechtzeitig entgegengetreten werde.

Zur Wahlrechtsvorlage.

Der freisinnige Wahlrechtsauschuß hat an die Vereine der linksliberalen Parteien Preußens ein Schreiben gerichtet, unterzeichnet von den beiden Fraktionsvorsitzenden Dr. Wiemer und Dr. Bachmike, worin es heißt: „Die preussische Wahlreform ist in ein neues Stadium eingetreten. Die Vorlage der Regierung bringt zwar die Beseitigung der lästigen indirekten Wahl, sie enthält aber nicht die geheime Wahl und verschlechtert durch Schaffung neuer Privilegien das preussische Wahlrecht noch weiter zu Ungunsten des Mittelstandes und der arbeitenden Bevölkerung. Dieser Vorlage gegenüber muß ein Sturm der Entrüstung durch das ganze Land gehen! Wir bitten unsere Vereine, in Mitglieder- oder öffentlichen Versammlungen gegen die Wahlrechtsvorlage und für die Einführung des Reichstagswahlrechts Stellung zu nehmen. Material für die Versammlungen liefern die Druckschriften des Wahlrechtsauschusses; eine in den nächsten Tagen erscheinende neue Broschüre wird auch die Wahlrechtsvorlage und eine Kritik derselben enthalten.“ — Diese Aufforderung wird auf fruchtbaren Boden fallen. Schon jetzt ist der Wunsch aus freisinnigen Kreisen nach Reden und Aufklärungschriften außerordentlich groß.

Der freisinnige Landtagsabg. Delius-Halle, der in seinem bürgerlichen Beruf bekanntlich Postbeamter ist, spricht sich auch in der „Saale-Ztg.“ energisch gegen die in der Wahlrechtsvorlage enthaltene Privilegierung der Beamten aus. Mit Recht sagt er, die Beamten sollten sich bei dieser Einschätzung klar werden lassen, daß ihr Ansehen dadurch in keiner Weise gehoben wird; „Ansehen und Achtung bei seinen Mitbürgern kann man nur erwerben, wenn man im Besitze der nötigen Charaktereigenschaften durch seine Tätigkeit zeigt, daß man das notwendige Maß von Bildung, ganz gleich, wie und wo daselbe erworben ist, und gereifte Lebenserfahrung besitzt. Diese letztere Eigenschaft insbesondere kann nicht durch irgend einen Verzichtungschein erworben werden, sie wird nur erlangt in der Schule des Lebens. Und da sollte man meinen, müßte sie in den sogenannten freien Berufen mindestens ebenso häufig anzutreffen sein.“

Deshalb ist es für mich ganz klar, daß auch die anderen Parteien dieses sogenannte Bildungsprivileg ablehnen werden. Die Beamenschaft kann sich nur gratulieren, wenn dieser neue Stein des Anstoßes möglichst schnell beseitigt wird. Das so dringend notwendige gute Einvernehmen zwischen Festbesoldeten und freien Erwerbstätigen kann dadurch nur gewinnen. Das Privileg würde eine neue künstliche Schranke sehr zum Schaden unseres Vaterlandes aufrichten.“

Im Interesse des gewerblichen Mittelstandes verlangt Delius alsdann die geheime Wahl: „Man braucht nur die Wählerlisten bei einer öffentlichen Wahl durchzugehen und wird finden, daß der Prozentsatz der Nichtwähler gerade unter den Geschäftleuten besonders groß ist. Und doch leuchtet diese traurige Tatsache ohne weiteres ein. Man braucht sich ja nur der Berliner Landtagswahlen zu erinnern mit dem von sozialdemokratischer Seite ausgeübten Terror. Hier zeigte sich der Terrorismus von unten, während wir in zahlreichen anderen Fällen ihn von oben haben. Es wird deshalb kein Mensch einem

Geschäftsmanne verargen können wenn er seine wirtschaftliche Existenz nicht leichtfertiger als Spiel setzt. Ich behaupte: das öffentliche Abstimmungsverfahren hält viele Kreise des staatserbaltenden Mittelstandes von der Wahlurne und damit vom politischen Leben fern. Ein solcher Zustand kann unmöglich im wohlverstandenen Staatsinteresse liegen.“

Abg. Delius betont schließlich, daß es die Aufgabe der Freisinnigen sein werde, den gewerblichen Mittelstand dieserje Position zu sichern, die er nach seiner wirtschaftlichen Bedeutung und nach seiner gesellschaftlichen Stellung unbedingt beanspruchen darf. „Jetzt bietet sich für alle Freunde des Mittelstandes es, auch für diejenigen, welche sich sonst immer als patetische Freunde desselben betrachten, Gelegenheit, zu zeigen, ob hinter den hochtönenden Worten auch die Taten stehen.“

Der Hanja-Bund ist als wirtschaftliche Vereinigung und gemäß seiner Zusammensetzung aus Mitgliedern der verschiedensten politischen Parteien zu einer Äußerung über die Wahlreform nur so weit berechtigt und verpflichtet, als es sich dabei um die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie und um wirtschaftliche Fragen handelt. Er erklärt daher folgende Kundgebung: „Die Vorlage der Staatsregierung verläßt in wesentlichen Punkten gegen die Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie, obwohl sie mehr als zwei Drittel der Staatslasten trägt. Der Hanja-Bund fordert: Die Einteilung der Wahlbezirke, die bisher in erster Linie auf die landwirtschaftlichen Interessen zugeschnitten war, hat und zwar in völlig gleichem Umfang, auch den kaufmännischen und gewerblichen Interessen Rechnung zu tragen. Erforderlichenfalls ist die Zahl der Abgeordneten zu vermehren. Die neu geschaffenen Siege sind denjenigen Wahlkreisen zu zuweisen, in denen Handel, Gewerbe und Industrie besonders hervortreten. Die in den §§ 8, 9 und 10 des Entwurfs geschaffene einseitige und willkürliche Unterscheidung der Wähler widerspricht den modernen wirtschaftlichen Anschauungen. Im Gegenfalle zu den Bestimmungen des Entwurfs sind auch die gewerblichen, industriellen und kaufmännischen Kreise, unabhängig von der Steuerleistung, zu berücksichtigen. Dies hat sich vor allem auf Mitglieder von Handels-, Handwerker- und Gewerkekammern, auf selbständige Handwerker, die die Meisterprüfung bestanden haben und auf Angestellte, die eine höhere oder mittlere Handelsschule oder technische Schulen besucht haben, zu erstrecken.“

Was für Legenden die Wählerführer ihren gläubigen Anhängern aufzuspinnen wagen, davon legt eine Rede des Abg. Dr. Bachmike in der Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte für die Provinz Hannover, die am Sonntag in Hannover stattfand, erneut Zeugnis ab. Dr. Bachmike hand da seinen Zuhörern auf, die Wahlkreiseinteilung sei „organisch erwachsen, wie der preussische Staat sich aus Grafschaften, Bistümern usw. zusammensetzte“. In Wirklichkeit ist die heute geltende Wahlkreiseinteilung einfach so zustande gekommen, daß man bei der Bildung der Wahlkreise die Volkszählung von 1858 zugrunde legte. Allerdings unter möglicher Berücksichtigung der politischen Einteilung der preussischen Monarchie; aber diese mögliche Berücksichtigung kann man ruhig gelten lassen. Eine „organische“ Fortentwicklung wird jedoch nur dadurch gesichert, daß man von Zeit zu Zeit, bei Änderung der Bevölkerungsverhältnisse entsprechend, auf Grund der neuen Volkzählungsergebnisse auch die Wahlkreise wieder neu einteilt. Der jetzige Zustand ist durchaus unorganisch.

Die Beamteneinigung in Magdeburg nahm in einem bemerkenswerten Beschluß scharf Stellung gegen die preussische Wahlrechtsvorlage. Allgemein war man der Ansicht, daß auch die,

fragt mit Recht: „Was den Konservativen hier aus ihren eigenen Reihen zum Vorwurf gemacht wird: einseitige agrarische Interessenpolitik, Beträumelung des Blochs, Abhängigkeit vom Bunde der Landwirte, das ist genau das Besondere, was ihnen von den Liberalen vorgehalten wird und was sie diesen gegenüber als „Verheugung“ hingeworfen haben. Wollen sie vielleicht auch ihre konservativen Parteifreunde in Ansehung, die sich gegen die abwegige konservative Parteipolitik auszeichnen, als „Hege“ bezeichnen?“

— (Ein neues Zeugniszwangsverfahren gegen einen Redakteur) Nach der „Frankf. Zeitung“ verhängte der Untersuchungsrichter des Disziplinarlammer Nürnberg für nichtrichtliches Verhalten über den Redakteur Stelzner vom „Nürnberg Anzeiger“ eine Geldstrafe von 50 Mk., eurent eine fünfjährige Haft, weil er in Disziplinarverfahren gegen den Postsekretär Wid die Auslagen darüber, wer den am 15. Juli 1909 in dem genannten Blatte erschienenen Artikel „Inquisition“ verfasst habe, sowie darüber, ob und in welchem Umfang Postsekretär Wid an der Abfassung und Veröffentlichung dieses Zeitungsaufsatzes beteiligt sei, verweigert habe.

— (Aus den Kolonien) Das deutschportugiesische Abkommen über die Südgrenzen von Deutsch-Ostafrika, das vom 24. November 1909 datiert ist, wird im „Dtsch. Kolonialblatt“ veröffentlicht. Danach geht die Grenze von einem Punkt der Küste aus, welcher südlich des Parallels 10° 40' S gelegen und unter dem Namen Kas Sipulu bekannt ist, in westlicher und südwestlicher Richtung, bis sie schließlich das rechte Ufer des Stromwass-Flusses trifft, der dann weiterhin bis nahe an der Nyassa heran die Grenze bildet. — Aber die Bestrafung von Eingeborenen in Deutsch-Ostafrika wegen Kontraktbruchs hat der Gouverneur unterm 7. Dezember 1909 eine Verfügung erlassen, wonach kontraktbrüchige Eingeborene auf Antrag des Geschädigten mit Kettenhaft bis zu drei Monaten und in Verbindung mit dieser Strafe oder allein mit körperlicher Züchtigung oder mit Geldstrafe belegt werden. — Aus dem Ausland kommen schlechte Nachrichten. Nach Meldung des „Deutschen Kolonialbl.“ herrscht unter den Doombos Lungenzündung, Durchfall und Malaria. Das Gouvernement in Windhof hat deshalb als Heilmittel Kalomel, Opium-Tannin und Chinin überhandt. Auf ein Schreiben des Missionars Kalle Krobu aus Uluambi, nach welchem dort bereits wiederum Hungersnot unter den Eingeborenen herrscht, die voraussichtlich noch größer werden wird, sind vom Gouvernement 1500 Kilogramm Reis dorthin abgeschickt worden.

Parlamentarisches.

— Der Seniorenkongress des Reichstags trat am Mittwoch vor der Plenarsitzung zusammen und verhandelte sich darüber, das nach dem Schmeinstale am Donnerstag, an dem der Antrag zur Verhandlung kommt, der Rest der Woche und die ganze nächste Woche dem Etat des Reichsamts des Innern vorbehalten bleibt. Dagegen wird nur eingeschoben werden die Verhandlung der sozialdemokratischen Interpellation, die sich auf die Aufhebung des Ministerpräsidenten v. Bethmann-Hollwigs bei der Reichstags-Verhandlung des Abgeordnetenhauses über das Reichstagswahlrecht bezieht.

— Die Wahl des konservativen Abgeordneten Anstadt (Wahlhaus-Vogelsang) wird für ungültig erklärt werden. Die Prüfung ist in der Mittwochssitzung der Wahlprüfungskommission zu Ende geführt worden. Die Fassung der Stimmen, die in diesen Tagen abgegeben hat, ergab, daß ihm nach Abzug der nach den Beschlüssen der Kommission für ungültig zu erklärenden Stimmen 30 Stimmen an der Mehrheit fehlen. Die Kommission wird den entscheidenden Beschluß am Donnerstag fassen.

— Ein konservativer Antrag auf Verfassung der Geschäftsordnung ist in Abgeordnetenhause nunmehr doch eingeleitet worden. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „Das Haus möge beschließen, seine Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß wichtige Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Hauses und zur Einschränkung von Reden, welche die Zeit des Hauses ungebührlich in Anspruch nehmen, getroffen werden.“

Volkswirtschaftliches.

— Das bayerische Malzaufsichtsgesetz ist von der Abgeordnetenkammer am Mittwoch mit 82 gegen 42 Stimmen angenommen worden. Hierauf nahm die Abgeordnetenkammer eine vom Ausschuss vorgelegene Resolution an, die Regierung möge mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß bei der Berechnung der Übergangsgabegabe der Verfassung des Deutschen Reiches mehr Rechnung getragen werde. Finanzminister v. Baff versichert, sobald das soeben angenommene Malzaufsichtsgesetz eingeführt worden sei, werde er im Bundesrat einen Antrag auf Neuregelung der Übergangsgabegabe in Anregung bringen. Er hoffe, daß dann eine gerechtere Übergangsgabegabe geschehen werde.

— In Schlesien sind Handelsreisende in Dänemark. Die dänische Regierung hat, nach der

„Rein-welt. Ztg.“ jedoch im Vorstadium einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach vom 1. Oktober 1910 ab die jetzt schon sehr hohe Abgabe für ausländische Handelsreisende auf den Betrag von 100 Kronen für 30 Tage erhöht werden soll. Bei Verlängerung der Gültigkeitsdauer um 15 Tage sind 60 Kronen nachzugeben. Da die meisten der in Dänemark verkehrenden Handelsreisenden Deutsche sind, so wird vorzugsweise der deutsche Handel durch diese Erhöhung getroffen werden.

Vermischtes.

— (Eine Million in Wesselschieber) Die Berliner Kriminalpolizei hat Wesselschiebern auf die Spur, die Briefe des Prinzen von Pragonia in Höhe von 7 1/2 Millionen geschleift hatten. Der Prinz hat für die Befreiung seiner Zeit nur wenige Tage erhalten.

— (Drei Arbeiter verschüttet und getötet) München, 10. Febr. Die drei in dem Steinbruch des oberbayerischen Gipswerkes am Kesselberg verschütteten Arbeiter sind am Mittwoch tot aufgefunden worden.

— (Im Anfluß an die Katastrophe des „General Chanzy“) werden jetzt aller Orten die Disziplin der Matrosen der Handelsflotte und die zum größten Teile von ihr abhängige Sicherheit der Passagiere französischer Dampfer erörtert, denn viele können sich der Ansicht nicht ganz entziehen, als habe die mangelhafte Disziplin einen Einfluß auf die Katastrophe gehabt. Gerade jetzt wird das Projekt eines neuen Disziplinartobes für die Handelsmarine von der Marineverwaltung ausgearbeitet.

— (Ein Dynamitattentat im Bürgermeisteramt) Wie die Blätter aus Toulon melden, verfuhr in dem Bürgermeisteramt des dortigen Vorortes Dormes ein Mann mittels einer Dynamitbombe einen Anfall zu verüben. Der Schreiber getraut jedoch rechtzeitig die Brennstoffe zu entfernen. Der Täter, welcher ein Italiener sein soll, feuerte nach mehreren Revolverschüssen ab, richtete hierauf die Waffe gegen sich selbst und verendete sich tödlich. Bevor er starb, erklärte er, er habe sich wegen einer ungerechten Beurteilung rächen wollen.

Reklameteil.

Wohin so kann das doch unmöglich weiter gehen!

Die halbe Klasse fehlt, die andere Hälfte ist erkrankt. So kann das Klassenziel unmöglich erreicht werden. Doch die Eltern sind endlich angewandten worden, die Kinder nicht ohne ein paar Fays Sobener Baustellen in die Schule zu schicken — sie würden damit sich selbst, den Kindern und der Schule eine Wohlthat erweisen. Kinder, die regelmäßig Fays Sobener benötigen, sind nach meiner Erfahrung immer frisch und munter auch durch den schwersten Winter gekommen. Fays Sobener Dimeral-Baustellen kauft man in einschlägigen Geschäften für 85 Pf. die Schachtel, lasse sich aber keine Nachzahlung ausschlagen.

Anzeigen.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion den Einblittum gegenüber keine Verantwortung.

Familiennachrichten.

Todes-Anzeige.

Heute, Mittwoch, nachmittags 2 1/2 Uhr verschied nach kurzem Krankenlager im 34. Lebensjahre unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Bauere

Otto Faulmann.

Dies zeigt tiefbetrübt an Familie Faulmann. Trebnitz, den 13. Februar 1910.

Dank.

Für die liebevollen Beweise der Anteilnahme beim Begräbnis unserer Entschlafenen sagt nochmals auf diesem Wege herzlichsten Dank

August Löhner,

im Namen der trauernden Hinterbliebenen.

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme beim Bestattung unserer teuren Entschlafenen sagen wir allen denen, die uns so hilfreich zur Seite standen, unseren innigsten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen: Familie Adler.

Dank.

Zurückgeführt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen, des Bandwirts

Karl Schlotte,

Winnen wir nicht unterlassen, allen Verwandten und Bekannten dort nach und fern, welche seinen Sarg so reich mit Blumen und Palmen schmückten, unseren tiefgefühltesten Dank auszusprechen. Insbesondere Dank Herrn Pastor Kichenhoff für die trostreichen Worte am Grabe sowie der Schullugend für den Gesang. Zuletzt noch herzlichsten Dank den Betreibern von Crepau, Trebnitz und Wittenweisch für den Beizenzweig und das letzte Geleit. Das alles hat unserm Herzen wohlgetan. Crepau, den 17. Februar 1910.

Die trauernden Hinterbliebenen.

3000 Mk.

werden zum 1. April auf sichere Hypothek zu Leihen gesucht. Näheres bei

W. Hirschfeld, Bitterfelder Straße 30.

Gute Speisekartoffeln

verkauft im ganzen und einzeln

E. Vogel, Bismarckstraße

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode unserer guten Mutter Frau

Auguste Irrgang

sagen wir herzlichsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familien Bormann und Engel.

Merseburg, den 16. Februar 1910.

Emser Pastillen

aus den Königl. Betrieben zu Ems.

Schachtel  85 Pf.

Altbewährt bei Husten, Heiserkeit etc.

Für Gastwirte und Flaschenbierhändler

hält Bieranmeldungs- u. Nachweisungsformulare, sowie Lagerbücher stets vorräthig Buchdruckerl. Th. Rössner, Merseburg, Elgstraße.

Grüne Heringe

frisch eingetroffen. Frau Anna Wippich, Johannisstr. 2. Marktstand: Bismarck-Platz.

Frische grüne Heringe

empfehlen W. Krämer. Empfehlung von heute an prima Mastrindfleisch u. fettes Schweinefleisch. Baumann, Gotthardtstr. 27.

Mastrindfleisch und Kalbfleisch

a Pfd. 60 und 65 Pfg. empfiehlt

L. Nürnberger.

1 a. frischen Angel-Schellfisch, Gänse-Pöckelfleisch, frische Rebkleine a Pfd. 30 Pf., saftige süße Apfelsinen 8 Stück 10 Pf., Zitronen 4 Stück 15 Pf., franz. Wallnüsse a Pfd. 35 Pf.

empfehlen

Emil Wolff.



Reipisch.

Sonntag den 20. Februar großer Volksmasenball. Dazu ladet ergebenst ein R. Erbis.

Harlings Restaurant.

Sonnabend Schlachtfest. Heute Freitag Schlachtfest.

Otto Lintzel, Clobigauer Str. 9.

Heiratgeheim.

Ein Herr Mann 30 Jahre alt, Beamter, erster Schrankenwärter Nr. 147, an einer Wohnbahn, mit etwas Vermögen, sucht Dame, Witwe nicht ausgeschlossen, zwecks späterer Heirat. Vermögen nicht erforderlich. Offerten sind einzureichen unter „Liebe“ Rosental Nr. 9

Pension.

Schüler od. Schülerinnen, welche in Halle a. S. die Schulen besuchen wollen, sind freuml. Aufn. lieb. Pflege u. Bewill. der Schularb. b. m. Preis in a. Fam. Off. unter P.F. nach Halle, Lindenstr. 2. III, r.

Ein junger Bädergeselle

zum 1. März gesucht. Alberts, Gotthardtstraße.

Mädchen,

welches schon beim Kochen geholfen haben und in aller Hausarbeit erfahren ist. Anfangsgehalt 180 Mark. Frau Rosa Schmidt, Halleische Str. 90.

Sofort bis 1. April Anwartsung möglichst für den ganzen Tag gesucht. Frau von Roden, Grönlitzstraße 1.

Ein Kinderpelzfragen gefunden.

Abzuholen kleine Kistchen 14 H. S.

Braune Boa

am Sonntag verloren. Segen Belohnung abzugeben. Zeitzstraße 1.

Frachtbriefe

nach neuester Vor-
schrift liefert mit Ein-
druck schnell u. billig
Th. Rössner, Buchdruckerei,
Deulgen 9.



Frisch eingetroffen:
extra starke Hasen,
a Stück Mark 3.75 ohne Klein,
auch nettelt,
grosse wilde Kaninchen
a Stück Mt. 1.20,
Ia. Reh- und Dampfschier,
Rüden, Keulen und Blätter,
Kochfleisch a Pfund 30 Pf.,
Wildhühner und -Gännen,
Schneehühner,
Puter und Puthennen,
französischen, deutschen Boullarden,
Poulets, junge Tauben,
Kochhühner,
große junge Wackelhühner
a Mt. 2.75 - 3.00,
Ia. lebend. böhm. Spiegelkarpfen,
Schleien
empfehlen **Emil Wolff.**

**Petersburger
Gummischuhe**

empfehlen billigst
Aug. Prall, Burgstraße.
Reparaturen.

Große süße Apfelsinen,
Duzend 40 Pf., empfehlen
W. Schumann, Unter-Vittenbura.

Dom-Frauenhilfe.
Freitag den 18. Februar, nachmittags
4 Uhr, in „Wüllers Saal“
Mitglieder-Versammlung.
Frau von Gienhart-Rothe

**Zimmerhutzen - Verein
Preßsch.**
Sonntag den 20. Februar
1910 in Preßsch
großer Maskenball.
Dazu ladet freundlich ein
Der Vorstand.
Entree 25 Pf. Masken frei

**Sefang-Verein
„Iris“**
hält Sonntag den 20. Februar, von
nachmittags 3 Uhr an
Länzchen,
und abends von 8 Uhr an
Käppel-Abend mit Ball
im „Castino“ ab.
Unsere sonst eingeladenen Gäste
sind herzlich willkommen
Der Vorstand.

Restaurant Hohenzollern.
Gemüthlicher Aufenthalt.
Angenehme Bedienung.
Neu!

Hubolds Restauration.
Heute
Schlachtefest

Sonntags
Schlachtefest.
Frisch Mettwurst, Bratwurst, Schafkes
und Topfbraten, Mittags frühe Bursa
H. Keßler Saal 22

Freitag Freitag
Schlachtefest.
Fr. A. Sommer, Gr. Ritterstraße 1.

Thüringer Hof.

Donnerstag, Freitag, Sonnabend
gross. Bockbierrummel.

Für gediegene und humorvolle Unterhaltung sorgt das
österreichische Damenorchester „Albinia“.
Entree frei. Mützen gratis.
ff. Bockwürstchen mit Sauerkraut.

Bürgergarten (Neues Schützenhaus).

Am 19. und 20. Februar
gr. Bockbierfest
in sämtlichen dekorierten Sälen.
Sonnabend abend
musikalische Unterhaltung.
Sonntag von nachmittags 1/2 11hr an
B.A.L.L. Musik ausgef. von der Stadt-Kapelle.
Freier Eintritt. Ferkmützen gratis.
Meine werthen Gäste, sowie Freunde und Gönner sind hierzu höflich eingeladen.
Hochachtungsvoll
Jul. Quellmalz.

**Jede
sparsame Hausfrau**
verwendet heute
**Steinbachs
Wasch-Extrakt.**

Rote Packung mit den 3 Spaten.
Garantiert reines Fabrikat, macht die Wäsche blendend weiss.
1 Pfund = 20 Pfennige.
Man achte genau auf Firma und Schutzmarke.
F. E. Steinbach, Leipzig.

Das Gemüse
schmeckt köstlich bei Verwendung der
beliebten Delikatess - Margarine - Marken
Siegerin
oder
Mohra
die in Geschmack, Aroma und Verdaulich-
keit feinsten Molkereibutter gleichkommen.
Überall erhältlich!
Alleinige Fabrikanten:
A. L. MOHR G. m. b. H.
ALTONA - BAHRENFELD.

Bierdruckvorrichtungen.
Zu Betrieb befindliche Bierdruckapparate werden nach der
neuesten Polizei Verordnung sachgemäß eingerichtet
Gustav Engel, Mechanikermeister,
amtlich bestellter Revisor und Sachverständiger für Bierdruck-
vorrichtungen im Kreise Merseburg.

Heute Freitag
Schlachtefest.
Max Prietzsch, Krautstraße 8.
Wäsche

wird zum Waschen angenommen und auf
Wunsch abgeholt. Saal 23. park.
Jüngerer anständiger Herr
sucht Verkehr mit junger Dame.
Erfahren unter F Z 230 an die Exped.
d. Bl. erbeten

V. D. H.
Verband Deutscher
Handlungsgehilfen
zu Leipzig gegr. 1881
90 000 Mitglieder, 700 Kreisver-
eine, 4 Millionen M. Vermögens-
Stellenvermittlung
kostenfrei für Mitglieder und
Fremde.
Die Liste offener
Stellen liegt aus in
Merseburg E Schäfer
i. Ka. Adolf Schäfer, Entenplan.

Junger Kaufmann sucht
Nebenbeschäftigung in Buchführung.
Off. n. B D V 4 an die Exped. d. Bl.

Bäckerlehrling
an Oetern sucht
Häckerlehrling, Halle a. S. Alter Markt 24.
Suche für meine Tochter, welche Oetern
die Schule verläßt,
leichten Dienst.
Off. unt. A J 100 an die Exped. d. Bl.

Tüchtige Hilfe
und auch Lernende für Damenschneiderei
sucht **B. Mollau, Sand 16.**
1. April 1910 wird im Bauerngut
umwelt Merseburg eine selbständige un-
bedingt ehrliche

Wirtshäuserin (Mamiel)
gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen
erbeten **T Z 300** Merseburg, postlagernd.
Gesucht zum 1. April 1910 ein nicht zu
junges zuverlässiges
Mädchen,
das in Küche und Haus erfahren ist, für
einen Haushalt von zwei Personen.
Weibungen bei
Frau Professor **Bräunigk,**
Schneise 2, 2. Etage.

Alt. zuverlässiges Mädchen
für Küche und Hausarbeit per 1. April
gesucht.
Frau **Wirth, Halleische Straße 17. part.**

Ein Mädchen, welches Oetern die
Schule verläßt, wird
für leichten Dienst zum 1. April gesucht.
Zu erfragen **Hohmarkt 9, im Laden.**

Suche zum 1. April ein
Mädchen.
Oberförstler **Grotfeld, Halleische Str. 33.**

Saub. ehrliches Mädchen
per 1. April 1910 gesucht.
Budig, Burastraße 24.

Junges sauberes Mädchen
wird zum 1. April gesucht.
Koerlin, Rauschbender Straße 16 L.

Ein tüchtiges Dienstmädchen a. 1. April
gesucht.
Frau Gymnasialdirektor **Dr. Rössner,**
Domplatz 8

Junges, sauberes Dienstmädchen
per 16. März gesucht
Lauschbender Str. 16, st.

Zum 1. April suche ein orentliches
sauberes
Dienstmädchen

bei gutem Lohn
Selma Bergmann, Gotthardtstr. 19.

Ein Kindermädchen,
welches Oetern die Schule verläßt, am
liebsten vom Lande, sucht
Frau **Rosch, Riegetel.**

Ein träges Mädchen, welches Oetern
übers Jahr die Schule verläßt, wird als
Aufwartung
gesucht **Burgstraße 1 II.**

Patentkapsel von Braunsdorf nach
Merseburg verloren. Geg.
Belohnung abzugeben
Karl Kellermann, Fleischermeister.
Siege eine D.ilage.

Der Entwurf über die Reisekosten der Staatsbeamten

ist, wie schon gestern kurz gemeldet, am Dienstag dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Nach § 1 erhalten die Staatsbeamten bei Dienstreisen Tagegelder nach folgenden Sätzen: 1. aktive Staatsminister 35 M., 2. Beamte der ersten Rangklasse 28 M., 3. Beamte der zweiten und dritten Rangklasse 22 M., 4. Beamte der vierten und fünften Rangklasse 15 M., 5. Beamte, die nicht zu den obigen Kategorien gehören, so weit sie bisher zu diesem Satz berechtigt waren 12 M., 6. Subalternbeamte 8 M., 7. andere Beamte, soweit sie bisher zu diesem Satz berechtigt waren, 6 M., 8. im übrigen 4 M. Wird die Dienstreise am gleichen Tage angetreten und beendet, so werden ermäßigte Tagegelder gewährt, und zwar für 1. 23 M., für 2. 18 M., für 3. 14 M., für 4. 10 M., für 5. 8 M., für 6. 6 M., für 7. 4 M. 50 Pf., für 8. 3 M.

§ 2 bestimmt, daß staatsmäßig angestellte Beamte, die vorübergehend außerhalb ihres Wohnortes bei einer Behörde beschäftigt werden, neben der Besoldung die obigen Tagegelder erhalten, bei längerer Beschäftigung bestimmt die vorgesehene Höhe des Tagegeldes. Bei Dienstreisen erhalten an Fahrlosten für den Kilometer einschließlich der Kosten für Gepäckförderung für Eisenbahn- und Schiffsfreuden die in § 1 unter Ziffer 1 bis 4 genannten Beamten 9 Pf., wenn der Fahrpreis für die erste Klasse bezahlt ist, sonst 7 Pf., die unter 5 und 6 genannten Beamten 7 Pf., wenn der Fahrpreis für die erste Klasse bezahlt ist, sonst 5 Pf., die übrigen 5 Pf. Für Fahrverstreuten werden bezahlt pro Kilometer 60 Pf. für die Beamten unter 1 bis 4, 40 Pf. für die Beamten unter 5 bis 6, 30 Pf. für die übrigen Beamten. Für Übernachungskosten werden außerdem an Tagegeldern gezahlt 1,50 M., 1 M. und 50 Pf. nach der gleichen Klassenabstufung. Haben die Beamten unter 1 bis 4 des § 1 einen Diener mitgeführt, so erhalten sie für ihn pro Kilometer 5 Pf. Bei gemeinsamen Reisen im Fuhrwerk erhält der einzelne Beamte für den Kilometer nur 30 Pf. Aus den übrigen Paragraphen seien folgende Bestimmungen erwähnt:

Die Fahrkosten werden für Hin- und Rückreise besonders berechnet. Für Geschäfte am Wohnort werden den Beamten keine Tagegelder gezahlt, auch dann nicht, wenn die Geschäfte im Umkreise von zwei Kilometern vom Wohnorte wahrgenommen werden. Beamten, die für ihre Dienstreisen Pauschalbeträge erhalten, werden Tagegelder und Fahrlosten nur gewährt, wenn sie Dienstgeschäfte außerhalb ihres Amtsbezirks erledigen. Für häufig reisende Beamte kann die vorgesehene Höhe Pauschalbeträge festlegen. Beamte im Vorbereitungsdienst erhalten Tagegelder und Reisekosten nur dann gewährt, wenn sie die Reisen nicht lediglich zum Zwecke ihrer Ausbildung unternehmen.

Der deutsche Landwirtschaftsrat

trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Abg. Grafen Schwerin-Uymig und in Anwesenheit zahlreicher Kommissare aus den Reichs- und Landesparlamenten und der Bundesstaaten in Berlin zusammen. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten sprach Abg. Graf Kanitz über das Thema: Der neue Zolltarif der Vereinigten Staaten und die deutsche Landwirtschaft. Er legte folgende Resolution vor: Die auf Grund des Gesetzes vom 5. Februar 1910 mit dem Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika getroffene Vereinbarung, betreffend die Anwendung der in Abschnitt 1 des amerikanischen Zolltarifgesetzes vom 5. August 1909 vorgesehene Zollsätze auf die deutschen Einfuhrwaren, erscheint nicht annehmbar, weil diese Gesetze und Bestimmungen abzumenden, mit denen die deutsche Exportindustrie infolge der vielfachen Zolländerungen des amerikanischen Tarifs und durch die Verschärfung der amerikanischen Verwaltungsvorschriften bedroht ist. Der ökonomische Agrarier sang ein großes Trauerlied über das Zustandekommen des deutsch-amerikanischen Handelsabkommens, bei dem Deutschland mehr eingeknickt habe, als es von Amerika erhalte. Auch der Bündnisführer Freiherr von Wangenheim geriet sich als betrübter Mann, dem die Seele eines Zollkrieges mit Amerika vorgekommen sein, während Abg. Schwerin-Uymig das Abkommen etwas objektiver betrachtete. Die Resolution des Grafen Kanitz wurde schließlich einstimmig angenommen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: „Maßnahmen der deutschen Städteverwaltung“ über die Festsetzung der Bevölkerung der Wohnplätze“ befragte Witterungsbeobachter von Großaußen-Wagnitz eine lange Resolution, in der es als Pflicht der Kommunalverwaltungen und anderer Vertretungsorgane der Kommunen hingewiesen wird, das Bestreben der heimischen Landwirtschaft nach der Milderung zu unterstützen, daß die Wirtschaft der Bevölkerung zu angemessenen Preisen sichergestellt wird. Zu diesem Zweck verlangt man möglichst billige Getreidepreise von den kommunalen Schlichtämtern, Unterstützung der gewerkschaftlichen Verwertung, Beihilfen zur Gründung leitungsfähiger Viehmärkte, einwandfreie Preisnotierungen, fähige Kontrollen der Ladenpreise der Schlächter, Beihilfen zur Errichtung von Genossenschaftsmärkten, Verbot des Wagnitzhandels in Bayern. Von irgendwelchen Ver-

pflichtungen der Viehzüchter zur Stellung „angemeinere“, d. h. billiger Preise, war feststehend keine Rede. Auch diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Hieran sprach Abg. Hofmeister Engelbrecht. Denselben über die fotografische Darstellung der Anbauverhältnisse des Deutschen Reiches nach kleineren Bezirken.

Deutschland.

— (Zum Fall Damman) erhielt die „Ahein. Westf. Ztg.“ von dem Bruder des Ermordeten folgende Zuschrift: „Mit Bezug auf die Artikel des Privatdozenten Dr. A. Wirth über die „Entschädigung der preussischen Regierung an Pastor Dammann“ behauere ich, Anlaß zum Vorwurf gegen das unwürdige Amt gegeben zu haben. Als ich im Gespräch mit Herrn Dr. Wirth behauptete, es sei nichts gesahit, habe ich in gutem Glauben gehandelt, da meine Mutter, Frau Pastor Dammann, mich trotz Anfrage völlig in Unkenntnis über die Sache ließ, so daß ich durch die Zeitung das erste Wort davon hörte.“ Unter diesen Umständen hält Privatdozent Dr. Wirth seine Vorwürfe gegen das unwürdige Amt natürlich nicht aufrecht. Dagegen dürfte die „Nordb. Allg.“ auch den Vorwurf der Leichtfertigkeit, den sie gegen Dr. Wirth erhoben hat, nicht mehr aufrecht erhalten können. Denn Herr Dr. Wirth mußte den Angaben des Bruders des Ermordeten ohne weiteres Glauben schenken, zumal da kein innerer und äußerer Grund gegen die Angaben sprach.

— (Die Reichstags-Gezetzwahl in Mühlheim-Wipperfurth) hat leider, wie schon gestern mitgeteilt, kein günstiges Resultat für den Liberalismus gezeigt. Die Empörung der Wähler über die Finanzreform und neuerdings über die Änderung des Wahlgesetzes hat die Wogen der Sozialdemokratie auch in diesem Kreise hoch anschwellen und über die Position des Liberalismus hinüberlagern lassen. Der Lärm des Zentrums steht noch unerstickt, nachdem allerdings von seinen dieser Partei mit unermesslichem Hochdruck gearbeitet worden war. Trotzdem ist das Zentrum in die Stichwahl gedrückt und muß sich einem zweiten Gange unterziehen, und zwar — Ironie des Schicksals! — lediglich deswegen, weil die gerade zur Unterstützung des Zentrums aufgestellte, sonst ganz sinnlose Kandidatur der Christlich-Sozialen so viel Stimmen zusammenbrachte, um den Sieg des Zentrums im ersten Gange zu verhindern. Bei dieser Stichwahl haben es die Nationalliberalen in der Hand, ihre Willensmeinung dahin zu bekunden, ob sie die neue Mehrheit der konservativen Meralien in ihrer Zahlenstärke erhalten oder ob sie der Linken ein Mandat zuführen wollen.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 16. Februar.) Der Reichstag führte am Mittwoch die erste Lesung des Arbeitsamtergesetzes durch. Das mangelhafte Entgegenkommen der Vorlage gegen die vorjährigen Kommissionsbeschlüsse wurde von allen Parteien des Hauses beklagt, die im übrigen grundsätzlichen der Tendenz der Vorlage zustimmen. Nur der fraktionlose Abg. Schmidt-Altenburg erklärte, eine Notwendigkeit für das ganze Gesetz nicht einzusehen zu können. Im Namen der fraktionlosen Fraktionsgenossen sprach der Abgeordnete D. Naumann. Auch er verlangte dringend die Herabsetzung des Wähleralters und die Zulassung von Arbeitervertretern. Er beklagte es, daß nicht auch die Lehrlinge und Werkverleiher in die Vorlage mit einbezogen seien. Der Reichstag hat die Vorlage mit dem Einverständnis der Reichstagsmitglieder in einer besonderen Art Beschlussempfehlung geregelt werden soll, und daß man diese Frage mit dem Arbeitsamtergesetz nicht verknüpfen möge. Die Vorlage ging schließlich an eine Kommission von 28 Mitgliedern, worauf die erste Beratung des Hausarbeitsgesetzes begonnen wurde.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 16. Februar.) Im Abgeordnetenhaus wurde am Mittwoch die Beratung des Justizrats fortgesetzt. Die Debatte verlief sich in der Erörterung einer Reihe von Einzelfragen. Der fraktionlose Abg. Veltjahn wies im Anschluß an seine Ausführungen vom 5. Februar darauf hin, daß er mit dem Vorstand des Anwaltsvereins einen Briefwechsel gepflogen habe, wonach die auf den Vorstator Anwaltsrat erdrossenen Beschlüsse gegen den Reichstag ein Einverständnis ersehen würden. Er gab mit Befriedigung davon Kenntnis, da bei allen Beteiligten die Einsicht in die Notwendigkeit eines guten Verhältnisses zwischen Anwälten und Richtern damit ausgesprochen ist. Der fraktionlose Abg. Cassel meinte, daß es richtig ist, die bereits früher vorgeschlagenen Beschlüsse über die ungewöhnliche Einteilung der Gerichtsbezirke gegen den Reichstag ein Einverständnis ersehen würden. Er gab mit Befriedigung davon Kenntnis, da bei allen Beteiligten die Einsicht in die Notwendigkeit eines guten Verhältnisses zwischen Anwälten und Richtern damit ausgesprochen ist. Der fraktionlose Abg. Cassel meinte, daß es richtig ist, die bereits früher vorgeschlagenen Beschlüsse über die ungewöhnliche Einteilung der Gerichtsbezirke gegen den Reichstag ein Einverständnis ersehen würden. Er gab mit Befriedigung davon Kenntnis, da bei allen Beteiligten die Einsicht in die Notwendigkeit eines guten Verhältnisses zwischen Anwälten und Richtern damit ausgesprochen ist.

Recht statemäßiger Anstellung nahm sich noch der fraktionlose Abg. Dr. Schupp recht lebhaft an. Auch die Fragen der Einführung der Stenographie und der Schreibmaschine in den Justizdienst wurden gestreift: die Justizverwaltung stellt darüber Berichte an. — Am Freitag wird die Staatsberatung fortgesetzt, außerdem ist die Beratung über die Neuorganisation der Beamten der Staatsbeamten zur ersten Sitzung auf der Tagesordnung.

— Wie die „L. C.“ erklärt, mehren sich die Anzeichen dafür, daß tatsächlich der Reichstag im Frühjahr 1911 aufgelöst werden wird, so daß die Neuwahlen etwa im Juni stattfinden könnten. Es wäre dann der Termin für die Neuwahlen wieder erreicht, der schon 1893, 1898 und 1903 festgelegt worden war und der sich zweifellos aus Verfassungs- und aus gesetzgeberischen Gründen am besten dafür eignet. Wenn 1911 im Herbst noch eine Session stattfinden würde, so könnte diese wegen der spätesten im Januar notwendig werdenden Neuwahlen nur ganz kurz sein, die Geschäftsberatungen würden ausschließlich durch die Neuwahlen verzögert werden. Dieses würde auch dann der Fall sein, wenn die Wahlen etwa im späten Herbst stattfinden sollten. Es spricht alles dafür, daß die jetzige Session im Frühjahr nicht geschlossen, sondern vertagt wird und daß im kommenden Winter alle in die Kommissionen verwiesenen Gesetze, sowie der neue Etat aufgearbeitet werden und dann der Schluß der Legislaturperiode eintritt. Die Parteien haben allen Grund, ihre Wahlvorbereitungen zu treffen.

Volkswirtschaftliches.

Über die Schiffahrtsverhältnisse sollen die Verhandlungen in dem Auslande nach einer offiziellen Meldung des „Schw. Mer.“ ein eingeleitet werden, wenn die Frage im Deutschen Reich ihre Erledigung gefunden hat. Aber die Form, die der Gegenstand über die Schiffahrtsabgaben auf Grund des Beschlusses des Bundesrats vom 2. Februar im einzelnen erhalten soll, sind in Berlin in letzter Woche kommissarische Verhandlungen gepflogen worden, die einen befriedigenden Verlauf genommen haben.

In dem neuen bayerischen Maßsteuer-Gesetz hat die zweite Kammer am Dienstag die Einführung des Dekretationsgesetzes beschlossen, wonach nunmehr die Brauerei verpflichtet ist, den Gehalt ihres Biers öffentlich anzugeben und an den Standorten anzuführen. Ermittelt eine Kontrollkommission der Steuerbehörde, daß das Bier dünner ist, als die Brauerei angegeben hat, so ist die Steuerbehörde befugt, den Namen der Brauerei und die Tatsache der Verdinmung des Biers in den Tageszeitungen zu veröffentlichen.

Über die geplante Umgestaltung der Unfallversicherung im Handelsgebiet schreibt man: Nach dem Gesetz über die Gemeindefinanzreform sind Lagerungsbetriebe in Verbindung mit einem Handelsbetriebe versicherungspflichtig, wenn deren Inhaber im Handelsbetriebe beschäftigt ist. Durch diese Regelung sind erhebliche Schwierigkeiten entstanden, denn eine Abgrenzung des Lagerungsbetriebes vom Handelsgewerbe und damit der versicherungspflichtigen Tätigkeit nicht verkehrsmäßigem Tätigkeit führt auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Außerdem sind die Betriebe der Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften im Handelsgewerbe und in der Handelsbetriebe einzufügen. In Zukunft soll daher anstelle der rein formalen Abgrenzung in Zukunft eine sachliche treten, bei der die Umgestaltung des Handelsbetriebs ganz in Formfall kommt. Entschieden soll sein der Umfang des Betriebes, indem alle diejenigen Unternehmungen für versicherungspflichtig erklärt werden, die über den Umfang des Kleinbetriebes hinausgehen. Um aber auch die Schwierigkeiten der Abgrenzung zwischen versicherungspflichtiger und unversicherungspflichtiger Tätigkeit zu beseitigen, soll in den gesetzlich bestimmten Fällen die Reichsversicherungsordnung anstelle der Lagerungsbetriebe solche Betriebe treten, die der Behandlung und Handhabung von Waren dienen, falls sie mit einem kaufmännischen Unternehmen verbunden sind. Hierdurch werden nicht nur die eigentlichen Lagerungsarbeiten, sondern auch die ähnlichen Arbeiten des zugehörigen kaufmännischen Unternehmens der Versicherungspflicht unterstellt. Durch diese Änderungen werden dann auch in Zukunft die Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften, die sich mit der Behandlung und Handhabung von Waren befassen, versicherungspflichtig.

Provinz und Umgegend.

Halle, 17. Febr. Der Arbeitgeber-Schuzverband für das Land, der Arbeiter- und Lohnarbeiter-Gewerbe hatte mit dem Vorstand des Schützenverbandes der Tapazzier, und verwandten Berufsverbände einen neuen Arbeitsvertrag mehrere Sitzungen. Die Gesellen fordern einen Lohnzuschlag von 4 Pf. pro Stunde bei 50 Pf. Mindestlohn und eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde täglich. Der Arbeitgeber-Schuzverband zeigte Entgegenkommen, lehnte aber die Gewährung der vollen Forderung ab. In der letzten Generalversammlung beschloß der Arbeitgeber-Verband, die Gesellen auszufordern, falls sie die angebotenen Lohnherabsetzungen ablehnen sollten.

Naumburg, 17. Febr. Einen Aufruf von erstkürtern der Tagik erklärt Herr Justizrat Weber hier. „Meine am 9. Dezember v. J. auf dem

bleibt abzuwarten, welcher der Herren die Jagd erhalten wird.

Frankleben, 16. Febr. In vergangener Nacht ist hier in die Eisenbahnstationsecke eingebrochen worden. Die Diebe erbrachen eine Schublade und nahmen die Geldkassette mit 3 Mk. Inhalt mit. Sonst wurde nichts weiter erbeutet, da die Diebe den Geldschrank, der in demselben Zimmer stand, nicht bemerkt hatten. Die Diebe blieben bis jetzt unermittelt.

Klein-Bauerschaft, 16. Febr. Die hiesige Lehrerschule ist seit dem 1. Oktober v. J. vakant, da der leihweise Inhaber aus dem preussischen Lehrerbienstand ausgeschieden und an das Konsektorium übergetreten ist. Die Stelle mußte daher durch Herrn aus der Umgebung vertreten werden und soll jetzt neu besetzt werden.

Dürrenberg, 16. Febr. Man schreibt uns: Die Stelle des Direktors der Saline Dürenberg ist dem Bergat Hilgenfeldt, Bergrevierbeamten des Bergreviers Wolf-Saarbrücken, vom 1. März d. J. an übertragen worden. Bergat Hilgenfeldt ist seit seinem im Jahre 1892 abgelegten Abiturexamen fast ununterbrochen im Saargebiet tätig gewesen. Als Bergassessor und Hilfsarbeiter war er bei der Berginspektion seit 1892 bis 1898 beschäftigt, in welchem Jahre seine Berufung als Berginspektor an die Berginspektion Saalfeld erfolgte. Schon 2 Jahre später kehrte er wiederum in das Saargebiet zurück, um seit dieser Zeit als Bergmeister und Bergrevierbeamter des Bergreviers Wolf-Saarbrücken zu wirken. Die Nachricht von der Verlegung des Bergreviers Hilgenfeldt wird in den Kreisen seiner Kollegen und seiner zahlreichen Freunde und Bekannten seines Scheidens aus dem Saargebiet wegen nur ungern vernommen werden. — Mit der Neueinsetzung der Direktorstelle wollen wir den Wunsch verknüpfen, daß es Herrn Bergat Hilgenfeldt gelingen möge, das gute Einverständnis zwischen der Saline und den an Salinendürrenberg interessierten Gemeinden wieder herzustellen, was der Vorgänger durch seinen Bureaukratismus so völlig nebensächlich behandelt hat. In diesem Sinne dem neuen Leiter der Saline ein herzlich willkommen!

Köhlleben, 16. Febr. Am Montag Abend fand hier eine öffentliche liberale Wählerversammlung statt, die ebenfalls, wie in Merseburg, sehr zahlreich besucht war und einen für den Liberalismus nachsichtigen Verlauf nahm. Gutsbesitzer William Koch sprach über das Verhalten der Konserwativen bei der Reichstagsreform und kritisierte scharf die egoistische Stellungnahme der drei Abgeordneten unseres Wahlkreises, die vollständig im Sinne des Bundes der Landwirte stehen. Der zweite Redner, Schriftsteller Schöler, erläuterte die Wahrscheinlichkeit und gerechtfertigten Ausföhrungen unter dem leibhaftigen Beifall der Zuhörer dieses jämmerliche Mach- und Stichwerk. Gleiches Recht für alle war die Hauptforderung, die er stellte und damit fand er die vollkommene Zustimmung seitens der Versammlung. In der Debatte sprach ein Nationalliberaler, der den Ausföhrungen der beiden Redner in allen Punkten zustimmte, sich aber nicht für eine Befestigung der Klassenwahl erörtern konnte. Ein Sozialdemokrat, der mit den üblichen Volksblattartikeln aufwartete, wurde von Herrn Schöler glänzend abgefertigt und mußte einen schmachvollen Rückzug antreten.

Was vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Vor 9 Jahren, am 17. Februar 1820 ist zu Verdun in Belgien der berühmte Violinist und Komponist Henri Beuztemps geboren. Bereits als 13-jähriger Knabe begann er zu komponieren und war dann lange Zeit behändig auf Klavieren. Später wirkte er mit großem Erfolge als Lehrer am Brüsseler Konservatorium, bis er 1878 durch eine Säugung der linken Hand genötigt war seine Entlassung zu nehmen. Er starb 1881 in Alger, wo er sich zur Stärkung seiner Gesundheit begeben hatte. Er vereinte als Virtuos wie als Komponist die Göttergüte der deutschen mit der Grazie und dem Glanz der französisch-belgischen Schule. Seine Geigenkonzerte, Walladen u. a. m. gehören zu den wertvollsten Kompositionen der gesamten Geigenliteratur; aber auch seine Quartette, Sonaten und Orchesterwerke seien überall hin genanten und klassisch gebildeten Musikern.

Wetterwarte.

18. Febr.: Ziemlich heiteres, trodenes Wetter mit Nachtfrost und Reif, Tag milde. — Wetterumschlag in Aussicht! — 19. Febr.: Ziemlich trübes, etwas wärmeres, windiges Wetter mit Niederschlägen.

Gerichtsverhandlungen.

Das Urteil im Wansfelder Anführungsprozess. Halle, 16. Febr. Heute Abend 7 Uhr wurde im Wansfelder Anführungsprozess das Urteil gesprochen. Das Gericht erkannte wegen Brandverleumdung gegen Zofe auf ein Jahr Gefängnis, gegen Marcjet und Schöler auf je 9 Monate Gefängnis, gegen Rocamare auf 8 Monate, gegen Regel auf 1 Jahr 1 Monat, gegen Helert auf 10 Monate, gegen Wichan auf 7 Monate und gegen Frau Antonie Müller auf 6 Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Kiel, 15. Febr. Die Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren wegen Beamteneheuchung gegen den Ganganzweiser Heistermann in Altona, früher in

Kiel, und gegen den Ingenieur Heinrich, den Sohn des im Verpöfz freigelegenen Nagazindirektors Heinrich, eingeleitet.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Ueber eine wichtige Entdeckung auf dem Gebiete der Chemie berichtet der Berliner Lokalanzeiger. Danach soll es der Madame Curie bei der Untersuchung von Uranium mit ihren Gatten die berühmten Untersuchungen über Radium und die Radiumpräparate gemacht hat, gelungen sein, ein Radiumpräparat Polonium zu isolieren. Die Umgekehrung des Poloniums in Helium und in einen noch unbekanntem Körper, der vielleicht Blei ist, vollzieht sich außerordentlich rasch. Frau Curie brachte etwa 5000 Poloniumpräparate, um ein Zehntel Polonium Polonium zu gewinnen, dessen Vorhandensein etwa 5000 mal feiner ist als das des Radiums. An Radioaktivität wird das Radium vom Polonium weitans übertraffen.

Das Wettrennen zum Südpol. Der Kampf um den Südpol, der jetzt zu gleicher Zeit von einer amerikanischen und einer englischen Expedition aufgenommen wird, nimmt den Charakter eines sportlichen Wettkampfes an, in dem neben den wissenschaftlichen Zielen der nationale Ehrgeiz der beteiligten beiden Völker zum treibenden Hauptfaktor wird. Die britische National-Expedition, die Kapitän Scott führt, folgt der früheren Route Scotts und Shackletons, während die Amerikaner von der amerikanischen Seite aus zum Pol vorzudringen wollen. Aber auch jetzt beginnt am gleichen Tage ihr Werk, die Wege wissenschaftlicher Zusammenarbeit sind bereits entworfen, und das Publikum ermüdet mit leidenschaftlichem Eifer die Chancen der beiden Parteien. Zwar, der Organisation der amerikanischen Expedition übernahm Kapitän Bartlett — hat sein Schiff, die „Tussock“, zur Verfügung gestellt und die Mannschaft für den bevorstehenden Wettlauf, der nach seiner Ansicht, das aufregendste nennenswerthe Ereignis sein wird, das die Welt erlebt hat. Die amerikanische Expedition wird Anfang November ihr Heimatland verlassen; sie zählt 20, vielleicht auch 25 Mitglieder. Am 1. Dezember werden in Punta Arenas im Süden Chiles die letzten Kosteln und Vorräte an Bord genommen. Demnach wird das Schicksal der Expedition bis zum Südpol vorbringen zu können. Rom 78. Grad ab ist das Gebiet völlig unerforscht. Die Engländer dagegen bezugene eine Route, die bis auf die letzten 100 Meilen zum Pole durch Scott und Shackleton schon genau bekannt ist. Sie kennen also die Schwierigkeiten genau, die ihrer harren, während die Amerikaner vom 78. Grad ab folgen im Dunkel des letzten Meilen. Aber auch jetzt beginnt am gleichen Tage ihr Werk, die Wege wissenschaftlicher Zusammenarbeit sind bereits entworfen, und das Publikum ermüdet mit leidenschaftlichem Eifer die Chancen der beiden Parteien.

Vermischtes.

(Die neue Schwefelwasserstoff-Fabrik in Frankreich.) Aus Paris wird gemeldet: Infolge großer Schwierigkeiten für die telegraphische Verbindung mit Italien, der Schweiz, Deutschland und Österreich außerordentlich behindert und erleidet große Verzögerungen. — Infolge neuen Stiegens der Seine sind Maßnahmen getroffen worden, um verschiedene Grundstücke in Paris und Umgebung vor Hochflut zu sichern. Man rechnet auf ein weiteres Steigen um 30 Zentimeter. Auch in Neuilly-Maisance sind wieder Überschwemmungen eingetreten. Einige Straßen des Stadtviertels Basse sind von neuem überschwemmt. Mehrere Brücken in Varenne und Champigny, sowie andere Barotten drohen ebenfalls überflutet zu werden.

(Zum Mord in Boguslaw.) Nach einer Meldung aus Pleschen soll der des Mordes verdächtige Rosinski jetzt gefangen haben, den achtjährigen Raubmord in Boguslaw begangen zu haben. Er will den Mord allein in einer halben Stunde ausgeführt, sich dann Sachen der Ermordeten angeeignet und die blutbesiedelten Uniformstücke im Getreideboden versteckt haben.

(Größtenteils in einer Berliner Möbelfabrik.) In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch brach in der großen Möbelfabrik von Frau Vint in Berlin, Köpenicker Straße, gegenüber der Garde-Kaserne, Großfeuer aus, das das Maschinenfabrikum vollständig in Asche legte und erst am Mittwoch Abend vollständig gelöscht werden konnte. Es waren vier Dampfmaschinen und acht Handspinnen in Zerstörung, die ungeachtet der Anwesenheit der Arbeiter im Gebäude glücklicherweise. Mit Donnerpolster erfolgte der Einsturz des Treppenhause, dem am Spätnachmittag der des großen eisernen Kaminanzugs folgte. Die alten, nicht massiven Gebäude brannten vom 1. bis zum 4. Stockwerke lichterloh. Die Feuerwehr mußte sich dabei hauptsächlich auf den Schutz der benachbarten Fabrikabteilungen beschränken. Durch die stark rauchentwickelnde und die enorme Hitze wurden leider auch zwei Handwerker und mehrere andere Feuerwehrentente leicht, einer schwer verletzt. Die Hitze war so intensiv, daß die Granitsteine der Treppe barsten.

(Mehrere Revolverentente) wurden in den letzten Wochen in Bremer während der Abendstunden aus dem Hinterhalt getötet, wobei barmhertige Passanten bedeutende Verletzungen erlitten. Am Montag Abend wurde abermals ein 26-jähriger Knabe durch einen Schuß unterhalb des Armes schwer verletzt. Einigen Passanten gelang es, den Täter, einen achtzehnjährigen Burschen, zu ergreifen, dem auch die übrigen Verbrechen zur Last gelegt werden.

(Fürchtbare Epidemiekatastrophe.) In der schottischen Walschank von Edinburg in Kilmarnock vierde Diensten nachmittag ein Gemütskranker. Der Sohn des Inhabers wurde scheinlich verbrannt. Zwei auf dem Hofe beschäftigte Arbeiter trugen schwere Verletzungen davon. Ein in dem angrenzenden Hause wohnender älterer Arbeiter erlitt erhebliche Brandwunden. Auch zwei vorübergehende Kinder wurden fast verbrannt. Sämtliche Opfer der Katastrophe wurden ins Krankenhaus gebracht.

Ueber eine Vergiftungsaffäre in Stockholm berichtet ein dortiges Blatt. Der Zeitung „Dagens Nyheter“ zufolge soll Reichsmarschall Freiser v. Essen plötzlich infolge einer Speisevergiftung erkrankt sein. Die Ärzte und die Familie wollen sich über die Erkrankung nicht äußern, aber mehrere Personen, die kürzlich mit dem Reichsmarschall an einer Mittagsgesellschaft teilgenommen

haben, sind gleichfalls von heftigen Magenkrämpfen befallen worden. Der Zustand des Reichsmarschalls war in der letzten Nacht etwas besser. Man vermutet, daß die Vergiftung auf einen Nachtessen gegen einen der Teilnehmer an dem Essen zurückzuführen ist. Nach einer späteren Nachricht aus Stockholm war der Zustand des Freisers v. Essen am Dienstag freilich. Auch der Blirt der Gesellschaft, der frühere Oberkammerherr Zamm und seine Gattin sind bettlägerig. Frau Anna Wollenberg, geborene v. Sadow, ist gleichfalls schwer erkrankt. Die Untersuchung hat bisher nicht ergeben, in welcher Speise das Gift enthalten war.

(Ueber ein großes Dampferunglück) meldet der Drah von Grimstad (Norwegen). Der dänische Dampfer „Cambodia“, mit Schickart und Holzladung von Frederikstad nach Sidsbafrika, ist nach bei Sinesos untergegangen. Der Dampfer „Actis“ rettete dreizehn Mann der Besatzung. Ein Boot mit sechzehn der Schiffbrüchigen wird vermisst.

(Besagrvolle Ballonfahrt.) Aus Kragerö in Norwegen wird gemeldet: Nach gefährlicher Schiffsahrt über die See sind hier im Walde zwei Dresdener Luftschiffer, die Herren Hans Rudolph aus Berlin und Donath unter großer Schwierigkeiten gelandet. Sie waren am Dienstag morgen gegen 7 Uhr bei Dresden aufgetrieben, hatten gegen 11 Uhr vormittags, Rügen um 6 1/2 Uhr nachmittags polstert und waren um 10 Uhr abends nach Kopenhagen gekommen. Von einem fürchterlichen Schneesturm wurden sie dann über Skagen und Helsingør geblasen. Am 4. Uhr morgens fanden sie sich wieder über Skagen in Norwegen. Sie brachten den Ballon sofort zum Fallen. Die Landung erfolgte mit großer Sicherheit. Der Ballonfahrer Rudolph soll eine Rippe gebrochen haben, sein Begleiter soll am Hüften und an den Hüften schwer verletzt sein, doch ist selber Leben außer Gefahr. Rudolph reist am Donnerstag nach Deutschland ab, ist also unverletzt; der zweite Gelandete ist nicht reisefähig.

(Windlanine.) Aus dem Stubaialtal nach Innsbruck gemeldet, daß die im Saugen Zala getragene, der Sektion Mittenberg des Alpenvereins gebörende dreistöckige Mittenberger Hütte durch eine Windlanine vollständig zerstört worden ist.

(Wunderlicher Dampfer.) Nach einer Meldung aus Amerika ist der Dampfer „Rim Wihiten II“, der am 21. Januar Amsterdam verließ und am 8. Februar in Buramaio eintraffen wollte, dort bis heute noch nicht angelangt. Es herrscht darüber große Besorgnis. Die Passagierliste des Dampfers enthält auch einige deutsche Namen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 17. Febr. Gestern Abend nach einer Protokollverlesung gegen die Wahlrechtsvorlage zog ein Demonstrationzug durch die Neanderstraße, als plötzlich ein Eimer heißen Wassers aus einem Fenster auf die Demonstranten gegossen wurde, ohne jedoch Schaden anzurichten.

Kiel, 17. Febr. Die Kreuzer „Dresden“ und „Königsberg“ kollidierten in der äußeren Kieler Förde. Infolge des Verlegens der Steuerung stieß die „Königsberg“ gegen die „Dresden“ und brachte diesem Schiffe an der Vordorboseite nahe der elektrischen Maschine ein großes Loch bei. Der „Königsberg“ wurde der Rammsporn verlohren und der Steven beschädigt. Bei beiden Schiffen ist in mehrere kleine abgeschüttelte Räume Wasser eingedrungen. Verletzt wurde niemand.

Kiel, 17. Febr. Die Kreuzer waren dabei, während der Fahrt Minen zu legen, als auf „Königsberg“ plötzlich der Ruderapparat verlegt und er gegen die „Dresden“ fuhr. Um klar zu sehen, daß eine Kollision zu befürchten war, wurden die Maschinen auf rückwärts gestellt, der Zusammenstoß war aber nicht mehr zu vermeiden, und „Dresden“ wurde an Vordorboseite ziemlich schwer getroffen. Es entstand ein Loch, das wohl eine mehrwöchige Reparatur auf der Werft erfordern wird. Nachdem auf „Dresden“ sofort das Kommando „Schotten dicht“ ausgeführt worden war, wurde zunächst das Minenmanöver fortgesetzt, dann lief der Kreuzer nachmittags gegen 3 Uhr in die Kaiserliche Werft in Kiel ein, eben die „Königsberg“, die am Zug beschäftigt werden soll.

Petersburg, 17. Febr. Der Kohlen-Großhändler und Millionär Michael Welinsky wurde wegen großer Bedrohungen beim Ankauf von Kohlenländereien für 60 000 Rubel, deren realer Wert 3 Millionen beträgt, verhaftet. Ebenso zwei Ingenieure und eine Reihe anderer Personen. Es handelt sich um Kohlenländerereien.

Kopenhagen, 17. Febr. Der bei Sinesos getranbete dänische Dampfer „Cambodia“ ist jetzt völlig an Sinesos angedockt und in den Wellen verströmt. Von den vermissten 18 Mann der Besatzung fehlt noch jebe Spur. Eine Reihe ist bei Grimstad an Land gespült worden.

Berliner Getreide- und Produktenerker.

Berlin, 15. Februar. Am Getreidemarkt ging es mangels Anfrage wieder sehr still zu. Das Weizengeschäft war äußerst geringfügig; die Preise lagen auf Abgaben der Kommissionshäuser leicht nach. Roggen ermatete infolge härteren Frostes an. Die Mägen waren als Abgeber am Plage. Futtermittel waren vernachlässigt. Rohöl nachgeboten. Wetter: schön.

88 1/2 igen lot, im. 225,00—227,00 Mark.
88 1/2 igen lot, im. 161,00—162,00 Mark.
88 1/2 igen lot, im. 174,00—182,00 Mark., do. mittel 188,00 bis 178,00 Mark.
88 1/2 igen lot, im. 00 bratto 87,00—80,50 Mark.
Roggenmehl Nr. 0 und 1 19,70—21,70 Mark.
Gerste im. leicht 142,00—149,00 Mark., do. schwerer 142,00—149,00 Mark., do. süß. fest 181,00—185,00 Mark.

In das Handelsregister B Nr. 7 betr. die Mitteldeutsche Privatbank, Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Merseburg, ist heute folgendes eingetragen: Die Bankdirektoren Franz Louis Ernst und Max Gentner in Dresden sind zu Vorstandsmitgliedern bestellt worden.
Merseburg, den 12. Februar 1910.
Königliches Amtsgericht, Abt. 4.

Zwangsvorstellung.

Im Wege der Zwangsverwaltung sollen die in Merseburg belagerten, im Grundbuche von Merseburg Band 80 Blatt 1822 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Landwirts Kurt Benemann zu Merseburg eingetragenen Grundstücke:

Kartenblatt 6, Parzelle 512/110 Acker, Plan 888 b, 1 ha 61 a 70 qm mit einem Grundsteuerbeiträge von 9,42 Talern,
Kartenblatt 6, Parzelle 511/110 Acker, Plan 888 a, 30 qm mit einem Grundsteuerbeiträge von 601 Tr., Grundsteuerbeiträge R. 828

am 9. April 1910,
vormittags 10 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 19 — versteigert werden.
Merseburg, den 12. Februar 1910.
Königliches Amtsgericht.

Die Jagdnutzung

auf dem gemeinschaftlichen Jagdgebiet der Gemeinde Reipisch, enthaltend ca. 880 Morgen, soll

Dienstag den 1. März or.,
nachmittags 3 Uhr,
im Gasthofe des Herrn R. Erbis zu Reipisch öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Die Jagdbedingungen werden im Termine bekannt gemacht.
Reipisch, den 12. Februar 1910.
Der Jagdbesitzer.

Weisse Mauer 7

ist eine Wohnung von 5 Zimmern, Gas, Innenloset und Toiletten zu vermieten.

Wohnung, 2 Stuben, Kammer und Küche, sofort zu vermieten und 1. April zu beziehen. Preis 280 Mark.

Gothardstraße 36, im Laden.
Barriere Wohnung, 300 Mk., sofort zu vermieten und 1. April zu beziehen
Vindenzstraße 19.

Sonnige Wohnung,

1-3 St., mit 2-3 Zimmern und Zubehör, ist 250-350 Mk. per sofort von Beamten gesucht. Offerten unter OS an die Exped. d. Bl.

Freundliche bessere Schlafstellen
offen
Am Neumarkt 1, Sinterb.

Suche zur 1. s. St. 1/4 ab 1/7.

15-18 000 Mk. auf mein Häut. Grundstück zu leihen. Offerten unter U B 9204 an Rudolf Woffe, Halle S.

Laden,

nur in bester Geschäftslage, zur Errichtung einer Filiale zu mieten geeignet.
Zähringer Eck, Ladenhaus, Erfurt

20 Zentner Seilstroh

zu verkaufen Preis R. 18.

Gebrauchte Kutschwagen,
Hinterlader und Droschken
preiswert zu verkaufen.

E. Uhlig, Neumarkt 52.

1 Paar große Lärzschweine
steht zu verkaufen
Ferien Nr. 1

Gebrauchte Hobelbank

zu kaufen gesucht.

Friedr. Sauer, Neumarkt 45.

Herren- und Damenmasken

in größter Auswahl vorrätig zu billigen Preisen

Anton Anna Ruf, Hofmarkt 28.

Das schönste
Konfirmations-
Geschenk
ist
eine
gut gehende Uhr.

Wilh. Schüler,

Uhren und Goldwaren, Markt 27.



Willkommen

ist bei den jetzigen teuren Zeiten in jedem Hause ein billiges und dabei wohl-schmeckendes Getränk. — Als solches findet von Tag zu Tag größere Verbreitung — Kathrein's Malzkaffee.



MESSMER'S
AUSGEWÄHLTE FEINE
THEE-
SORTEN
100g Pakete Q55 Mk - 140 Mk
C. L. Zimmermann, Burgstraße 15.

Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen
Zentral-Ankaufsstelle
für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte
Halle a. S.
Merseburger Str. 17-19
Empfiehlt sofort ab Lager lieferbar:
Düngerstreuer „WESTFALIA“
mit Wovent-Baugstellung
Alleinvertretung
der preisgekrönten Original Osterland'schen
Kartoffel-Pflanzloch- u. Bearbeitungs-Maschinen
von Woche-Hinsdorf
und der
Kupke'schen Reihenzieher
für Federbetten, bis 1/2 Meter Breite.

Bandwurm mit Kopf
wird auch in vielen hartnäckigen Fällen (Sigmoides) in 2-3 Stunden entfernt durch „Sollitacina“, ein schmerzlos wirkendes Pulver, das bei allen Darmkrankheiten, auch bei Waden- und Spulwürmern, eine gründliche Darmreinigung bewirkt. Keine Abfälle! Kein Brechreiz! Nur „Sollitacina“! 100 Kapseln, 2,50 Mk., für Kinder 1,50 Mk., 50 Kapseln, 1,25 Mk., 1,75 Mk. franco. Bestellt: Detlev, Grödenstr. 19, Friedrichs-Platz, Berlin, W. 9. Erhältlich in allen Apotheken.

MIGNON-
KAKAO
p. Pfund
250, 150, 200 u. 240 Pfg.
Alleinige Fabrikanten:
David Söhne
A.-G.
SCHOKOLADE
p. Tafel
20, 30, 40, 50 u. 60 Pfg.
Halle a. S.
Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.
Anerkannt vorzügliche Qualitäten.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von L. H. Meyer, Merseburg.

Achtung!
Empfehle frisches fettes junges
Roskfleisch
a Pfd. 85 Pfg.
W. Naundorf, Liefer Antea.
Adolf Kunecke,
Gutenbergstrasse 1
empfehl:
Große süße Apfelsinen,
Pflaumen, Pfd. 20 Pf.,
Katao, gar. rein, Pfd. 1 Mk.,
Bruch-Schokolade, Pfd. 85 Pf.
Tägl. frische Bücklinge.
Entzückend
schon gar und blendend weiß wird die Haut nach kurz. Gebrauch der allein echten
Villemilchjeie „Süßkern“
von prachtvollem Wohlgeschmack von Bergmann & Co., Berlin, 50 Pf. pr. Std.
Von Apotheken, Stadt-Apotheken, Dr. Birck, Seifenfabrik.

Flechten
nässende und trockene Schuppenflechte, Ekzeme, Hautausschläge aller Art
offene Füße
Fehlschäden, Beirgeschwüre, Aderheine, böse Finger, alte Wunden sind oft sehr hartnäckig; wer bisher vergeblich hoffte geholt zu werden, mache noch einen Versuch mit der bestens bewährten
Rino-Salbe
frei von schäd. Bestandtl. Dose M. 1,15 u. 2,25.
Dankschreiben gehen täglich ein.
Nur echt in Originalpackung weiß-grün-rot u. Fa. Schubert & Co., Weinböhls-Dresden.
Fälschungen weisen man zurück.
Zu haben in den Apotheken.

Reiseförbe,
eigenes Fabrikat, Fortlorette
Otto Müller, Johannisstraße 14.
Rilafschuhe und Pantoffeln,
Einlege- und Aufnähsohlen
empfehl zu billigen Preisen
Aug. Prall, Burgstraße.

Eine ganze Armee
Kinder in großem Maße mit
Carl Kochs Nährzwieback,
denn derselbe ist sehr wohlschmeckend, liefert höchsten Nährwert, befördert die Verdauung, stärkt den Gendarmen, verhindert die Kinderkrankheiten, als Nahrung, Strophulose u. da er die Bestandteile einer guten Nahrung mit den der Muttermilch eigenen Nährsalzen und Phosphaten vereint.
Zu haben in Tüten u. Paketen a 10, 20, 30 und 60 Pfg. bei:
H. G. Sauerhahn, Markt, Gustav Kopp; Oberburgstraße;
Walter Bergmann, Gottschalkstraße 10;
Carl Schmidt, Unterlentenburg;
Wilhelm Ritterich, Gottschalkstraße;
E. Eber, Hallestraße;
Karl Köhne, Kleine Ritterstraße;
A. Aufmann, Sand.
Frankfurt: W. G. Gante;
Remart b. Merseburg: Hugo Erfurt;
Großschyma: Otto May;
Eisen: P. Schmidt;
Mödeln: W. Adel, Badermeister;
Sattlerb. b. Querfurt: G. Kott;
Staden: Bernh. Pempel;
Sand: Paul Hüner; Gundersen, bez.
Hadeln: Albert Zaeger;
Rembort: Reinb. Dietrich, Wm. Nagel.
Gröben: Gerhard Schwarz;
Rauschb. Langenberg;
Schaffb. Stammer;
Kleberb. b. Schaffb. Emma Dobrich;
Rauschb. b. Querfurt: Otto Weinroth;
Badermeister Conrad, Witten.

Militär
-Reklamations-Formulare
hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Rössner,
Merseburg, Clarastr. 9.



Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
bei Abholung von unserm Ausgabestellen; bei Befellung ins Haus durch unsere Aussträger in der Stadt und auf dem Lande außerdem Spesenbeitrag; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf. Briefgebühr. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Wochentagen nachmittags.
— Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit beweislicher Quellenangabe gestattet.
— für Rückgabe unersandter Einbringungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
sseitig, illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeile oder deren Raum für Merseburg und nähere Umgegend 10 Pf., ferne Städte 25 Pf., auswärts von Seite 20 Pf., im Restamteile 40 Pf. Bei komplizierterem Satz entsprechender Aufschlag. Gebühr für Überarbeiten nach Uebereinstimmung. Für Nachverordnungen und Eiferentnahme besondere Berechnung, nach auswärts mit Vorkostenzuschlag. Größtmöglicher Werbefraum. — Annahmestunde für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 41.

Freitag den 18. Februar 1910.

36. Jahrg.

„Tradition“.

Das Schlagwort des Stillstandes.
In den letzten Reichstagsdebatten über den Militär-Etat spielte die „Tradition“, eines der beliebtesten Schlagworte, wieder eine außerordentlich große Rolle. Auch bei dem Begriff „Tradition“ stehen sich, wie bei so vielen Dingen in menschlichen Leben, zwei Richtungen einander gegenüber. Die eine hält die Tradition hoch und heilig, findet in ihr eine Grundlage des Heeres und seiner Erfolge und Siege, die andere verwirft sie vollkommen und betrachtet sie nur als ein Geminnis einer gesunden, vernunftgemäßen Entwicklung, als eine Mauern überlebter alter Formen und Anschauungen, die sich dem Fortschreiten moderner Ansichten entgegenstellen und deshalb je eher, je besser überwunden werden müßte. Es geht mit dem Worte Tradition, wie mit so vielen Schlagworten, die man ihrer Kürze wegen gern gebraucht, daß sie leicht mißverständlich sind, daß jeder etwas anderes darunter versteht und daß sie bei weitem nicht das ausgedehnte Gebiet, auf das sie angewendet werden, vollständig bedecken.

Kein Heer, kein Staat, keine Familie kann ohne eine gewisse Tradition bestehen. Im großen und kleinen Rahmen vererben sich Anschauungen, Sitten und Gebräuche. Man kann sie nicht ohne weiteres aus der Welt schaffen und beseitigen. Jede Entwicklung muß an das Bestehende anknüpfen, und auf dem Gegebenen weiterbauen. Nur nach großen Katastrophen, wie wir es in Preußen 1806/07 und die Franzosen 1870/71 erlebt haben, ist es möglich, das ganze Heer- und Staatswesen auf durchaus neuem Boden aufzubauen. Soweit also die Tradition darin besteht, daß bewährte alte Grundsätze und Anschauungen, Einrichtungen und Erfahrungen so lange beibehalten werden, als sie zweckmäßig und zeitgemäß sind, kann man sie als berechtigt bezeichnen. Aber auch nur so lange!

Etwas anderes ist es aber, wenn die vielzitierte Tradition dazu benutzt wird, um Mißbräuche zu beden und vernünftige Reformen zu verhindern. Und die Gefahr liegt nahe, daß ein an und für sich richtiges Bestreben und gutes Wort dann in falscher Weise ausgenutzt wird. Unfehlbare Fehler, falsche Ansichten, veraltete Anschauungen lassen sich nie mit einer Tradition begründen und entschuldigen. Geschichte es dennoch, so muß in schärfster Weise dagegen eingeschritten werden. Wir wollen nicht blindlings das Bestehende einreisen, aus Lust am Fortschritt, sondern wollen nur einem gesunden Fortschritt für und vor öffnen. Wenn einem derartigen Beginnen allerdings dann einfach ohne jede weitere Begründung nur das



wenigsten hat die liberale Presse und die Vertreter der liberalen Parteien im Reichstag zu diesem guten Ergebnis beigetragen. Aber diese dürfen in ihrem Bestreben und Arbeiten nicht nachlassen, damit die weitere Entwicklung sich ebenfalls in gesunden Bahnen bewege und die noch vorhandenen Mißstände beseitigt werden. Dazu ist es aber notwendig, daß der Wert und die Bedeutung der Tradition im Heere richtig gewürdigt wird und daß dem Verstand, mit diesem Worte die Befestigung vorhandener Mißstände zu verhindern, stets rechtzeitig entgegengetreten werde.

Zur Wahlrechtsvorlage.

Der freisinnige Wahlrechtsausschuß hat an die Vereine der linksliberalen Parteien Preußens ein Schreiben gerichtet, unterzeichnet von den beiden Fraktionsvorsitzenden Dr. Wiemer und Dr. Bachnick, worin es heißt: „Die preussische Wahlreform ist in ein neues Stadium eingetreten. Die Vorlage der Regierung bringt zwar die Beseitigung der lästigen indirekten Wahl, sie enthält aber nicht die geheime Wahl und verschlechtert durch Schaffung neuer Privilegien das preussische Wahlrecht noch weiter zu ungunsten des Mittelstandes und der arbeitenden Bevölkerung. Dieser Vorlage gegenüber muß ein Sturm der Entrüstung durch das ganze Land gehen! Wir bitten unsere Vereine, in Mitglieder- oder öffentlichen Versammlungen gegen die Wahlrechtsvorlage und für die Einführung des Reichstagswahlrechts Stellung zu nehmen. Material für die Verhandlungen liefern die Druckschriften des Wahlrechtsausschusses; eine in den nächsten Tagen erscheinende neue Broschüre wird auch die Wahlrechtsvorlage und eine Kritik derselben enthalten.“ — Diese Aufforderung wird auf fruchtbaren Boden fallen. Schon jetzt ist der Wunsch aus freisinnigen Kreisen nach Rednern und Aufklärungschriften außerordentlich groß.

Der freisinnige Landtagsabg. Delius-Halle, der in seinem bürgerlichen Beruf bekanntlich Postbeamter ist, spricht sich auch in der „Saale-Ztg.“ energisch gegen die in der Wahlvorlage enthaltene Privilegierung der Beamten aus. Mit Recht sagt er, die Beamten sollten sich bei dieser Einschätzung Har werden lassen, daß ihre Ansehen dadurch in keiner Weise gehoben wird: „Ansehen und Achtung bei seinen Mitbürgern kann man nur erwerben, wenn man im Besitze der nötigen Charaktereigenschaften durch seine Tätigkeit zeigt, daß man das notwendige Maß von Bildung, ganz gleich, wie und wo dasselbe erworben ist, und gereifte Lebenserfahrung besitzt. Diese letztere Eigenschaft insbesondere kann nicht durch irgend einen Berechtigungschein erworben werden, sie wird nur erlangt in der Schule des Lebens. Und da sollte man meinen, müßte sie in den sogenannten freien Berufen mindestens ebenso häufig anzutreffen sein.“

Dehalb ist es für mich ganz klar, daß auch die anderen Parteien dieses sogenannte Bildungsprivileg ablehnen werden. Die Beamtenerschaft kann sich nur gratulieren, wenn dieser neue Stein des Anstoßes möglichst schnell beseitigt wird. Das so dringend notwendige gute Einvernehmen zwischen Selbstbetrieblern und freien Gewerbetreibenden kann dadurch nur gewinnen. Das Privileg würde eine neue künstliche Schranke sehr zum Schaden unseres Vaterlandes aufrichten.“

Im Interesse des gewerblichen Mittelstandes verlangt Delius alsdann die geheime Wahl: „Man braucht nur die Wählerlisten bei einer öffentlichen Wahl durchzusehen und wird finden, daß der Prozentsatz der Nichtwähler gerade unter den Geschäftleuten besonders groß ist. Und doch leuchtet diese traurige Tatsache ohne weiteres ein. Man braucht sich ja nur der Berliner Landtagswahlen zu erinnern mit dem von sozialdemokratischer Seite ausgeübten Terror. Hier zeigte sich der Terrorismus von unten, während wir in zahlreichen anderen Fällen ihn von oben haben. Es wird deshalb kein Mensch einem

Geschäftsmanne verargen können wenn er seine wirtschaftliche Existenz nicht leichtfertig auf Spiel setzt. Ich behaupte: das öffentliche Abstimmungsverfahren hält weit Kreise des staaterhaltenden Mittelstandes von der Wahlurne und damit vom politischen Leben fern. Ein solcher Zustand kann unmöglich im wohlverstandenen Staatsinteresse liegen.“

Abg. Delius betont schließlich, daß es die Aufgabe der Freisinnigen sein werde, den gewerblichen Mittelstand diejenige Position zu sichern, die er nach seiner wirtschaftlichen Bedeutung und nach seiner gesellschaftlichen Stellung unbedingt beanspruchen darf. „Jetzt bietet sich für alle Freunde des Mittelstandes, auch für diejenigen, welche sich sonst immer als patentierte Freunde desselben betrachteten, Gelegenheit zu zeigen, ob hinter den hochtönenden Worten auch die Taten stehen.“

Der Hanja-Bund ist als wirtschaftliche Vereinigung und gemäß seiner Zusammenfassung aus Mitgliedern der verschiedensten politischen Parteien zu einer Aeußerung über die Wahlreform nur so weit berechtigt und verpflichtet, als es sich dabei um die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie und um wirtschaftliche Fragen handelt. Er erläßt daher folgende Rundgebung: „Die Vorlage der Staatsregierung verstößt in wesentlichen Punkten gegen die Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie, obwohl diese mehr als zwei Drittel der Staatskassen tragen. Der Hanja-Bund fordert: Die Einteilung der Wahlkreise, die bisher in erster Linie auf die landwirtschaftlichen Interessen zugeschnitten war, hat, und zwar in völlig gleichem Umfange, auch den kaufmännischen und gewerblichen Interessen Rechnung zu tragen. Erforderlichenfalls ist die Zahl der Abgeordneten zu vermehren. Die neu geschaffenen Siege sind denjenigen Wahlkreisen zuzuwenden, in denen Handel, Gewerbe und Industrie besonders hervortreten. Die in den §§ 8, 9 und 10 des Entwurfs geschaffene einseitige und willkürliche Unterscheidung der Wähler widerspricht den modernen wirtschaftlichen Anschauungen. Im Gegensaße zu den Bestimmungen des Entwurfs sind auch die gewerblichen, industriellen und kaufmännischen Kreise, unabhängig von der Steuerleistung, zu berücksichtigen. Dies hat sich vor allem auf Mitglieder von Handels-, Handwerker- und Gewerbestammern, auf selbständigen Handwerker, die die Meisterprüfung bestanden haben und auf Angestellte, die eine höhere oder mittlere Handelsschule oder technische Schulen besucht haben, zu erstrecken.“

Was für Legenden die Bündlerführer ihren gläubigen Anhängern aufzuspinnen wollen, davon legt eine Rede des Abg. Dr. Hanja in der Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte für die Provinz Hannover, die am Sonntag in Hannover stattfand, erneut Zeugnis ab. Dr. Hanja band da seiner Zuhörer auf, die Wahlreifeinteilung sei „organisch erwachsen“, wie der preussische Staat sich aus Grasschaften, Distrikten usw. zusammensetzte“. In Wirklichkeit ist die heute geltende Wahlreifeinteilung einfach so zustande gekommen, daß man bei der Bildung der Wahlkreise die Volkszählung von 1858 zugrunde legte. Allerdings unter möglicher Berücksichtigung der politischen Einteilung der preussischen Monarchie; aber diese möglichste Berücksichtigung kann man ruhig gelten lassen. Eine „organische“ Fortentwicklung wird jedoch nur dadurch geföhrt, daß man von Zeit zu Zeit, der Änderung der Bevölkerungsverhältnisse entsprechend, auf Grund der neuen Volkzählungsergebnisse auch die Wahlreife wieder neu einteilt. Der jetzige Zustand ist durchaus unorganisch.

Die Beamtenvereinigung in Magdeburg nahm in einem bemerkenswerten Beschlusse scharf Stellung gegen die preussische Wahlrechtsvorlage. Allgemein war man der Ansicht, daß auch die,